

Drei Bürgerinitiativen kämpfen gegen die umweltverletzenden Entscheidungen der Bezirksregierung in Münster

Die Bezirksregierung Münster hat in den letzten Jahren viele Entscheidungen getroffen, die erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Lebensbedingungen, die Umwelt und die Gesundheit der betroffenen Anwohner, insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet, hervorgerufen haben.

Die Anwohner in den Städten Bottrop, Gelsenkirchen und Herne sind inzwischen über das verantwortungslose Verhalten dieser Behörde dermaßen empört, dass sie sich zur Gründung mehrerer Bürgerinitiativen gezwungen sehen, um zu verhindern, dass diese Behörde im fernen Münster weiterhin Entscheidungen trifft und Genehmigungen ausspricht, die die Lebensbedingungen der Ruhrgebietsstädte in ihrem Regierungsbezirk so verschlechtern, dass alle Bemühungen dieser Städte um die Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bürger letztlich vergeblich sind.

Die Bürgerinitiativen der genannten Städte haben jetzt eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Diese Zusammenarbeit hat das Ziel, das Entscheidungs- und Genehmigungsverhalten dieser Behörde in die Öffentlichkeit zu bringen und die Konsequenzen für die Ruhrgebietsstädte insgesamt und für die betroffenen Anwohner im Besonderen deutlich zu machen.

Die Entscheidungsverantwortlichen in Düsseldorf und Münster sind verpflichtet, eine Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen nicht nur zu formulieren, sondern durch eigenes Handeln auch zu erreichen.

Sie müssen sich messen lassen an den Erfordernissen einer Verbesserung der Umwelt-, Lebens- und Klimabedingungen in NRW, insbesondere aber in den durch jahrelange, ungebremste Schadstoff-Industrie ohnehin schon geschädigten Städten Bottrop, Gelsenkirchen und Herne.

Die Bürgerinitiativen

**Saubere Luft für Bottroper Süden Uns-Stinkts Herne Umweltgewerkschaft
Gelsenkirchen**
Die Regionalgruppe
Gelsenkirchen – Bottrop
– Gladbeck der Umweltgewerkschaft

Schlagzeilen der vergangenen Wochen mit Bezug zum Regierungspräsidium in Münster

Bottrop :

Kokereibetreiber Arcelor Mittal überschreitet ständig die Zielwerte für polyzyklischen aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) und Benzo[a]pyren (BaP)

Erhöhte Belastung mit krebserregenden Stoffen im Umkreis der Kokerei Prosper

Bezirksregierung Münster teilt mit: „Gegenwärtig werden alle gesetzlichen Vorgaben (Immissionswerte der TA-Luft) in der Umgebung der Kokerei eingehalten.“

Das LANUV beweist mit seinen Testreihen das Gegenteil !

Gelsenkirchen :

Bezirksregierung Münster genehmigt die Umbenennung von Ölpellets der BP/Ruhröl zu Petrolkoks und deren Verbrennung im Kraftwerk Scholven

Bezirksregierung Münster teilt mit : „Die Verbrennung der Ölpellets im Kraftwerk Scholven ist rechtmäßig, das Kraftwerk hält die Emissionsgrenzwerte ein.“

Die Bezirksregierung Münster war von der Überschreitung der Grenzwerte in den Jahren 2011 und 2014 für das krebserregende Vanadium bei der Verbrennung der BP-Öl-Pellets im Uniper-Kraftwerk unterrichtet .

Die Staatsanwaltschaft Bochum vermutet, dass Mitarbeiter der Bezirksregierung Münster an illegalen Praktiken mitgewirkt haben sollen.

Größter Produzent von Stickoxiden ist – neben dem örtlichen Kohlekraftwerk - die Erdölraffinerie der Firma BP-Ruhröl im Stadtteil Scholven.

Seit 2017 dürfen die Raffinerien nur noch maximal 150 Milligramm Stickoxid pro Kubikmeter Abgas ausstoßen.

Die Bezirksregierung Münster teilt mit : Die zuständige Bezirksregierung erteilt der Firma BP Ruhröl eine unbefristete Ausnahmegenehmigungen zur Überschreitung der Grenzwerte.

Begründung: Die Frist zum Einbau neuer Technik sei zu kurz, der Aufwand dafür zu groß.

Herne :

- Deponiegenehmigung für die Zentraldeponie Emscherbruch in 2008 verlängert ohne gesetzliche Grundlage
- Seit 1989 über 200 Genehmigungen und Entscheidungen zur Zentraldeponie Emscherbruch ohne eine einzige Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Regierungspräsidium Münster erfüllt seine Aufsichtspflicht nur unvollständig :

- Brände und deren Verhinderung wurden nicht ausreichend thematisiert,

- die sogenannte Reifenwaschanlage wurde nicht regelmäßig geprüft,
- 2011 kam es zu einer massiven PCB-Verunreinigung auf der ZDE,
- Die Umweltverschmutzung durch verschmutzte Transport-LKW von und zur ZDE wurde nicht verhindert,
- auf dem Gelände der ZDE werden ungenehmigte nächtliche Arbeiten durchgeführt,
- das neue Revisionslager ist immer noch nicht fertig (Termin war 12 / 2018),
- Schüttungen sind bereits jetzt teilweise über der genehmigten Höhe der ZDE ,
- Anfragen nach dem UIG-NRW und dem IFG-NRW werden nicht beantwortet,
- **die Öffentlichkeit wird zum Erörterungstermin zur Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch am 09.07.2019 auf Wunsch der AGR nicht zugelassen**

Kontakt :

Heinz-Peter Jäkel (BI Uns-Stinkts Herne)

e.mail: HP.Jaekel@t-online.de

Tel.: **02325 51609**

mobil: **0170 284 1919**